

Hannes versteckt eine Million

Was tun mit dem Geld, das in der Schweiz vor dem Fiskus nicht mehr sicher ist? Eine verdeckte Recherche in der Welt der Steuerflüchtlinge **VON FELIX ROHRBECK**

Wenn ich ganz ehrlich bin«, sagt Hannes, »habe ich Geld, wo es nicht mehr sein soll. Meine Bank hat mir empfohlen, es irgendwo anders hin zu überweisen. Es geht um ein Schweizer Konto.«

»Wo haben Sie das Geld momentan?«, fragt der Mann, mit dem Hannes telefoniert.

»Das ist ein Konto bei der Graubündner Kantonalbank.«

»Und wie viel haben Sie da im Depot?«

»Das ist noch nicht ganz siebenstellig. Eine knappe Million.«

Der Mann, mit dem Hannes telefoniert, spricht mit einem Freiburger Akzent. Er heißt Sebastian Sauerborn und ist Partner bei der Kanzlei St Matthew in London. Deren Mitarbeiter bieten ihre Dienste auch auf Deutsch an. Ein Foto auf der Homepage zeigt den Berater in blau-weiß gestreiftem Sakko, rosa Hemd und schwarzen Cowboy-Stiefeln. Man erfährt auf der Seite, dass er BWL studiert und für die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers gearbeitet hat. Sein Motto: »Das Leben ist kurz und flüchtig. Du hast nur einen Versuch. Jeder Tag zählt.«

Die Kanzlei, so steht es zum Zeitpunkt unseres Telefonats auf der Unternehmens-Homepage, ist spezialisiert auf »die Gründung und Verwaltung von Auslandsgesellschaften im Rahmen der internationalen Steuergestaltung«. Übersetzt heißt das: Sie hilft vermögenden Deutschen, ihr Geld vor dem Fiskus zu verstecken.

Das Telefonat mit Sauerborn ist der Beginn unserer Reise in die verborgene Welt der Steuerflüchtlinge. Weil man mit normalen Recherchemethoden kaum etwas über sie erfährt, tut Hannes so, als gehöre er dazu, als wäre auch er ein Steuerflüchtling, der sein Geld wie so viele Deutsche in der Schweiz versteckt hat – und nun fürchtet aufzufliegen, weil das dort einst so strikte Bankgeheimnis nicht mehr viel wert ist.

Hannes hat nicht wirklich ein Konto in der Schweiz. Er ist ein guter Freund von mir. Ich habe ihn zu dieser Recherche überredet. Sucht man seinen Namen im Netz, stößt man nicht auf einen Journalisten, sondern auf einen Unternehmer, der sein Geld mit Immobilien verdient. Ich hoffe, dass man Hannes die Geschichte mit der Million in der Schweiz abnimmt – obwohl sie komplett erfunden ist.

Vom 1. Januar 2016 an treten neue internationale Regeln in Kraft, die Steuerhinterziehung erschweren sollen. Zusammen wollen Hannes und ich herausfinden, was diese Regeln wert sind und ob der deutsche Fiskus eine Chance hat, seinen Anteil an den mindestens 40 Milliarden Euro zu bekommen, die Deutsche nach einer Schätzung der Deutschen Steuergewerkschaft Anfang 2015 in der Schweiz versteckt hielten.

Es ist eine seltsame Welt, in die wir da reisen. Einerseits kann man in ihr ganz entspannt mit Beratern darüber plaudern, wie man den Staat bescheißt. Zugleich aber muss man immer auf der Hut sein. Hannes und ich werden zwischendurch fürchten, an Betrüger geraten zu sein, die es auf seine fiktive Million abgesehen haben. Wir werden eine eigene Aktiengesellschaft gründen. Und wir werden Tausende Kilometer weit fliegen, nur um bei einer Bank, vor der Palmen wachsen, ein Konto zu eröffnen. Am Ende werden wir uns in Badeshorts an einem traumhaften Strand bräunen.

Aber der Reihe nach.

Die Londoner Kanzlei St Matthew haben wir im Ratgeber *Steueroasen Ausgabe 2015* gefunden, einer Art Standardwerk für Steuerflüchtlinge, das der Autor Hans-Lothar Merten seit 20 Jahren laufend aktualisiert. Im Vorwort heißt es: »Als die Welt für Steuerflüchtlinge noch in Ordnung war.« Es ist ein wehmütiger Blick zurück. Denn die Zeiten haben sich geändert. Merten beschreibt die Zeitenwende in seinem Buch so: »Das Netz der Finanzbehörden wird weltweit zunehmend enger. Für private Steuerflüchtlinge wird es somit immer schwieriger, Steuerschlupflöcher aufzutun.«

Insgesamt 5800 Milliarden Euro seien auf ausländischen Konten versteckt, heißt es in dem Buch, »davon rund 4700 Milliarden unversteuert«. Die Zahlen stammen von dem französischen Ökonomen Gabriel Zucman und gelten als fundierteste Hochrechnung zum Thema Steuerhinterziehung. Größter Offshore-Finanzplatz sei noch immer die Schweiz mit insgesamt 1800 Milliarden Euro verwaltetem Finanzvermögen.

Das aber könnte sich ändern.

Ein Konto in der Schweiz? »Das Spiel ist bald endgültig vorbei«, sagt die Assistentin von Kanzlei-Partner Sauerborn schon bei Hannes' erstem Anruf. Und fügt hinzu: »Das ist natürlich sehr, sehr schade.« Das Geld müsse raus aus der Schweiz – und zwar schnell. Aussichtslos aber sei die Lage keineswegs. Herr Sauerborn habe schon »eine Vielzahl von Mandanten zielführend beraten«. Ganz billig ist das allerdings nicht. Ein Telefonat mit ihm kostet 250 Pfund. Rund 350 Euro also. Dafür nimmt Sauerborn sich eine Stunde für Hannes Zeit.

Um zu verstehen, worum es in dem Gespräch mit Sauerborn geht, muss man zunächst einmal Sauerborns wichtigsten Gegenspieler kennenlernen. Er heißt Achim Pross, ein Deutscher mit schmalem Gesicht, Brille und schütterem Haar, der sich für die Industrieländerorganisation OECD mit Steuer-spezialfragen beschäftigt, für die sich bis vor Kurzem allenfalls die Fachwelt interessierte. Dann kam die Finanzkrise. Die Kritik an den Banken wuchs. Vor allem die USA machten Druck auf die Schweiz, die größte Steueroase der Welt. Es tat sich auf, was Pross ein »historisch einmaliges Zeitfenster« nennt. Plötzlich gab es eine realistische Chance auf ein globales Steuerabkommen. Nicht auf ein Flickwerk wie sonst, sondern auf den großen Würf. Pross hat mit seiner Abteilung die Blaupause dafür geschrieben. Der sonst eher nüchterne Jurist sagt: »Wir sind gerade dabei, die Welt zu verändern.«

Tatsächlich wird bald Wirklichkeit, was noch vor ein paar Jahren unmöglich schien. Automatisch, also ganz ohne kompliziertes Auskunftsersuchen, sollen Banken in aller Welt Kontoinformationen an die Behörden der Heimatländer ihrer Kunden übermitteln. Die deutschen Behörden erfahren also, wer in welchem Land wie viel Geld auf einem Konto bunkert. Die Schattenwelt der Steuerflüchtlinge wäre plötzlich hell erleuchtet. Das Erstaunliche ist: Knapp hundert Länder haben bereits zugesagt mitzumachen. Darunter sind fast alle bisher so undurchsichtigen Finanzzentren. Die Schweiz ist dabei, Liechtenstein, Luxemburg, Singapur, Hongkong, Zypern, die Isle of Man, St. Vincent und die Cayman Islands. Zuletzt haben sich am vergangenen Freitag auch Panama und die Cook-Inseln auf Druck der OECD dazu verpflichtet, das Abkommen zu unterzeichnen.

Vom nächsten Jahr an werden die Daten erhoben – und 2017 an die heimischen Behörden übermittelt. Einige Länder wie die Schweiz stoßen ein Jahr später dazu. »Die Ära des Bankgeheimnisses ist dann vorbei«, sagt Pross.

Wenn Pross' Abkommen greifen würde, wenn die Wohlhabenden dieser Welt ihr Vermögen nicht mehr im Ausland verstecken könnten, würde allein der deutsche Staat mehrere Milliarden Euro zusätzlich an Steuern einnehmen. Er könnte damit Brücken, Universitäten, Kindergärten oder Bolzplätze bauen. Es wäre eine bessere, eine gerechtere Welt.

Berater wie Sauerborn könnten das verhindern. Er ist spezialisiert auf die Gründung von Auslandsgesellschaften, mit denen man die Steuer umgeht und seine wahre Identität verschleiert. Sein Problem: »Das OECD-Abkommen gilt auch für Firmen.« Wenn Hannes irgendwo auf der Welt ein Unternehmen gründet, um dann mit diesem Unternehmen ein Konto zu eröffnen, müssen die Banken im Rahmen des OECD-Abkommens künftig ermitteln, wer tatsächlich hinter dem Unternehmen steckt. »Dann«, sagt Sauerborn, »werden die Daten weitergegeben.« In Hannes' Fall an die deutschen Behörden. Das Versteckspiel wäre aufgefliegen.

Bald ist es so weit. Der Countdown für die Steuerflüchtlinge hat begonnen.

Was also bleibt? Sauerborns erster Ratschlag klingt kompliziert: Hannes soll seinen Wohnsitz nach England, Irland oder Malta verlegen. Dort müssten Ausländer auf im Ausland erzielte Erträge unter bestimmten Bedingungen keine Steuern entrichten. Das Konstrukt hat allerdings einen Haken. Die deutschen Steuerbehörden überprüfen, wo man sich tatsächlich aufhält. Hannes müsste also wirklich mit Kind und Kegel umziehen.

»Das ist natürlich schon ein relativ großer Aufwand«, sagt Hannes.

»Das ist aber auch ein relativ großer Betrag«, entgegnet Sauerborn.

»Ja, gut«, sagt Hannes, »aber gibt es denn keine andere Möglichkeit?«

Doch: »Sie kaufen ein Lagerhaus in einem Freihafen«, sagt Sauerborn, »das machen in der Schweiz viele, kaufen dann irgendwas Physisches wie Gold und verstecken das im Freihafen.«

»Dann komme ich aber an mein Geld gar nicht ran«, sagt Hannes.

»Ja, das stimmt«, sagt Sauerborn.

Vielleicht hat der Berater sich die nächste Variante ein wenig aufgespart. Er muss die Stunde ja vollkriegen. Nicht alle Länder, sagt er, machten beim OECD-Abkommen mit. Dann zählt er einige auf: den Iran, den Irak, jede Menge afrikanische Länder. »Die sind natürlich alle eher dubios«, sagt er. Wer will sein Geld schon in einem Land verstecken, in dem es leicht in irgendwelchen dunklen Kanälen verschwindet? Also, sagt Sauerborn, bleibe als großes, verlässliches Bankensystem, das beim OECD-Abkommen nicht mitmache, nur eine Option: das der USA.

Ausgerechnet die Vereinigten Staaten, die wie kein anderes Land gegen die Schweiz als Steueroase vorgegangen sind? Sauerborn erklärt es Hannes so: »Die USA sind noch immer der größte Markt der Welt für ausländische Vermögen. Die haben gar kein Interesse daran, an so einem Datenaustausch teilzunehmen und Kapitalabfluss aus ihrem Land zu riskieren. Die Maßnahmen gegen die Schweiz sind alles Maß-

DIESE WOCHE



China beendet mit seiner Ein-Kind-Politik eines der größten sozialen Experimente der Geschichte **Seite 24**



Wolfgang Schäuble will trotz der Ausgaben für Flüchtlinge keine neuen Schulden machen. Ist das möglich? **Seite 27**



Western Union ist die Hausbank der Flüchtlinge – und jetzt auch mancher Schlepper **Seite 28**

QUENDEL-ZONE

Süßigkeiten-Fress-Events

MARCUS ROHWETTERS
wöchentliche Einkaufshilfe

Na, Halloween überstanden? Die selbst geschnittene Kürbislaterne haben Sie wahrscheinlich längst in die Biotonne geworfen. Essen scheint bei Kürbissen heutzutage ja ohnehin kaum noch eine Option zu sein. Schon gar nicht für Kinder im halloweenfähigen Alter, die nun auf ihren zusammengetragenen Bonbonbergen hocken wie der Drache auf dem Goldschatz.

Ein Süßigkeiten-Fress-Event folgt auf das nächste. Irgendwie hat uns die Naschwarenindustrie dazu gebracht, dass wir die ganzjährig stattfindende Zucker-Mast kritiklos als »nette Geste« betrachten, »traditionellen Bräuchen« folgen oder leuchtender Kinderaugen wegen den lieben Kleinen »mal eine Freude gönnen«. Im ach so entbehrungsreichen Leben der fettesten Kinder, die wir je hatten.

Bald geht es an die Adventskalender, die mit täglichen Schnuckereien die Wartezeit zum Fest verkürzen. Zwischendurch kommt der Nikolaus, der mit Apfel, Nuss und Mandelkern allerdings bloß noch so viel zu tun hat wie ein Halloweenkürbis mit Gemüse. Schoki schleppt der Weißbärtige herbei, hohoho! Bis endlich unterm Tannenbaum der bunte Gabenteller seine hochkalorische Ladung offenbart. Die verdaut werden will, bevor das Jahr zu Silvester süß ausklingt, weil zu Karneval ja schon wieder die Kamellen-Saison beginnt und wenig später Verstecke für schokoladige Oster Eier und -hasen gesucht werden.

Man wird sich wohl noch belohnen dürfen, oder? Gibt ja sonst kaum noch Freude im Alltag. Mampf, futter, stopf. Gesund sind diese Mengen zwar nicht, aber man will ja kein Spielverderber sein: Genuss ja, aber mit Verantwortung! Stellen Sie sich mal die Aufregung der Weltgesundheitsorganisation vor, wenn man zu all diesen Fress-Events statt Schokolade und Bonbons kleine Salamis reichen würde. Was dann los wäre.

Von Verkäufern genötigt? Genervt von Werbe-Hohlsprech und Pseudo-Innovationen? Melden Sie sich: quengelzone@zeit.de – oder folgen Sie dem Autor auf Twitter unter @MRohwetter

MACHER UND MÄRKTE

Die EU lässt auf sich warten



Der Ökonom Piketty ist von den Beamten in Brüssel enttäuscht

Vor einem Jahr konnte man noch an Läuterung glauben. Da hatten europäische Medien – nach Sichtung vertraulicher Dokumente des Beratungsunternehmens PricewaterhouseCoopers (PwC) – einen Skandal aufgedeckt, der unter dem Namen LuxLeaks bekannt wurde: Mehr als 300 in Europa tätige Großunternehmen hatten durch Sondervereinbarungen mit Luxemburg Steuern in Milliardenhöhe gespart. Dagegen wollte man vorgehen. Doch bis heute, ein Jahr später, ist nichts geschehen – so lautet das **Resümee eines Aufrufs** europäischer Wirtschaftswissenschaftler und Politiker, den die **Pariser Tageszeitung Libération** veröffentlicht hat. Zu den Autoren gehören Ex-EU-Kommissionschef Romano Prodi und der französische Ökonom Thomas Piketty. Insbesondere der Europäischen Kommission werfen sie **Untätigkeit** vor. Deren Chef ist Jean-Claude Juncker, Luxemburgs früherer Premierminister. **BLU**

Eurotunnel rüstet gegen Flüchtlinge auf



Noch mehr Stacheldraht soll Flüchtlinge in Calais stoppen

Im französischen Calais eskaliert der Kampf der Eurotunnelbetreiber gegen Flüchtlinge, die versuchen, illegal nach Großbritannien zu gelangen. Ende Oktober schickte die **Eurotunnel Group** eine E-Mail an ihre Kunden, die sich liest wie eine Kriegserklärung. Das Unternehmen entschuldigt sich darin für Verspätungen, die entstehen, wenn Flüchtlinge auf die Gleise rennen, von Zügen erfasst werden oder in Hochspannungsleitungen verbrennen. Die Eurotunnel Group listet auf, wie sie solche »Störungen« künftig verhindern will: mit Stacheldraht, Infrarotbewegungsmeldern, Wärmebildsensoren und 400 zusätzlichen Kameras. Rund 100 Hektar Wald seien gerodet worden, um das Gelände besser überwachen zu können und »mögliche Verstecke zu eliminieren«. Zudem würden 120 Militärpolizisten, berittene Polizei, Hubschrauber und eine Drohne eingesetzt. Die Zahl der Flüchtlinge in Calais ist auf mittlerweile 6000 gestiegen. Mindestens 15 Flüchtlinge sind 2015 im und um den Eurotunnel gestorben. **CAL**

Schlechte Noten für den Chef

46 %

der Mitarbeiter bekommen nie Feedback von ihren Vorgesetzten

Nicht einmal die Hälfte der Angestellten in Deutschland ist mit ihrem Chef zufrieden. Zu diesem Ergebnis kommt eine **Umfrage** der Unternehmensberatung **Information Factory** unter 2000 Mitarbeitern, Führungskräften und Personalverantwortlichen. Viele vermissen bei ihren Vorgesetzten **Ehrlichkeit und klare Zielvorgaben**. Fast die Hälfte bemängelt, dass sie nie Feedback von ihren Vorgesetzten erhalten. Die Chefs selbst sehen das anders: Sie halten sich mehrheitlich für ehrlich und kommunikativ. Um ihren Posten fürchten müssen sie nicht: Nur 35 Prozent der befragten Mitarbeiter wären selber gerne Chef. **JWI**

M+M

Hannes versteckt eine Million

Fortsetzung von S. 21

nahmen, um diesen Finanzplatz zu schädigen und den eigenen Finanzplatz zu fördern.«

Es ist tatsächlich eine seltsame, fast schizophrene Rolle, die die USA bei der Jagd auf Steuer-sünder spielen. Im März 2010 beschloss der amerikanische Kongress den Foreign Account Tax Compliance Act, kurz: Fatca. Er zwingt Banken auf der ganzen Welt, die Konten von Amerikanern nach Washington zu melden. Banken, die sich weigern, drohen nicht nur drakonische Strafen. Sie werden faktisch vom amerikanischen Finanzmarkt ausgeschlossen. »Das wäre für eine international agierende Bank in der Schweiz der Todesstoß«, sagt eine Sprecherin der Schweizerischen Bankiervereinigung. Also bleibt der Schweiz und anderen Ländern nichts anderes übrig, als sich dem Druck der Amerikaner zu beugen. Zum ersten Mal fällt damit etwas Licht auf die sonst so schattige Welt der geheimen Konten.

Selbst handhaben die Amerikaner es weniger streng mit der Transparenz. Fatca ist mehr oder weniger eine Einbahnstraße. »Die USA erhalten detaillierte Informationen über Auslandskonten ihrer Bürger, geben aber selbst kaum etwas preis«, sagt Markus Meinzer vom Tax Justice Network, einer Organisation für Steuerehrlichkeit. Beim OECD-Abkommen, bei dem für alle die gleichen Regeln gelten, machen sie nicht mit. Mit dem zweifelhaften Argument: Wir haben doch schon Fatca! »Solange ein gleichberechtigter Datenaustausch nicht gewährleistet ist, sind die USA ein Problem«, sagt der OECD-Experte Pross.

Was also bedeutet das für Hannes' fiktive Million? Könnte er sie in den Vereinigten Staaten verstecken?

Sauerborn nennt die USA »eine relativ einfache und schnelle Vorbeugung«. Hannes könne eine Firma gründen, eine LLC oder US Corporation. Die wiederum eröffne dann in den USA ein Konto. Das könne auch ein Treuhänder für Hannes übernehmen, den er zum Direktor der Firma ernannt. Die Bank wisse dann gar nicht, wer hinter dem Konto stecke. So ein Treuhänder sei für 4000 Dollar im Jahr zu haben.

»Was hat der denn zu tun, dass er so viel kostet?«, fragt Hannes.

»Na ja, das ist halt so, die nehmen so viel«, sagt Sauerborn.

Kurz darauf kommt das Angebot per E-Mail. Sauerborn hat das Honorar für den Treuhänder auf 3000 Dollar pro Jahr reduziert. Trotzdem summieren sich die Kosten schon im ersten Jahr mit Firmengründung und Konto auf mindestens 6000 Dollar.

Geht das nicht auch günstiger?

Hannes telefoniert noch mit anderen Beratern, die wir im Netz finden. »Es gibt keinerlei Nachweise, woher das Geld kommt?«, fragt Peter Wong von der in Florida beheimateten Akzent Consulting Group. »Nein«, sagt Hannes, »aber wir müssen damit jetzt irgendwie verfahren.« Auch Wong erzählt, dass die USA als einziges großes Industrieland beim OECD-Abkommen nicht mitmachten. »Das ist wie beim Kyoto-Abkommen.« Da ging es um das Klima.

Kurz darauf schickt auch Wong an Hannes ein Angebot per E-Mail. »Gerne können wir Ihnen die Firma EUROPEAN FINANCE GROUP CORP anbieten«, heißt es darin. »Diese hat ein Bankkonto und steht für einkommende Zahlungen bereit. Der Preis der Firma liegt bei 1399 Euro (incl. Bankkonto und Gründungsunterlagen). Sie können selber der Inhaber der Firma sein (dieser ist nicht einzusehen im Handelsregister, also anonym), und wir stellen Ihnen einen Geschäftsführer für die Firma. Ihr Geld könnte dann erst mal sicher in den USA geparkt werden.«

Was Akzent Hannes anbietet, ist eine Vorratsgesellschaft, ein bereits existierendes Unternehmen, das sogar schon über ein Konto verfügt – eine fertige Hülle also, in die wir nur noch hineinzuschlüpfen brauchen. Auf der Website des Florida Department of State erfahren wir, dass die Firma tatsächlich existiert. Sie wurde am 12. März 2014 gegründet und trägt die Unternehmensnummer P14000022695. Was uns wundert, ist der günstige Preis. Lohnt sich das für Akzent überhaupt?

Auf der Website des Unternehmens heißt es, man sei »ein international tätiger Dienstleister, der im Bereich Business Consulting und speziell im Bereich Firmengründung und Kapitalisierung von Firmen tätig ist«. Hinter ihm stehe »ein Verbund aus Rechtsanwälten, Notaren, Steuer- und Unternehmensberatern«. Wir schauen im Impressum nach. Dort ist als Managing Director ein Marcus Stewart angegeben. Als Vorstandsvorsitzender (CEO) und Präsident fungiert, so steht es im Unternehmensregister, ein Aaron Troutenkamp. Über beide finden wir keinerlei Information im Netz.

In einem Forum stoßen wir auf Einträge von Akzent-Kunden. »Außer fragwürdigen E-Mails keine Leistungen«, heißt es in einem, »Ich bin auch ein Geschädigter. Wer kann mir helfen?«, in einem anderen. Einer der Betroffenen schickt uns seine Unterlagen. Wie Hannes wollte auch er eine Firma in den USA gründen – mit dazugehörigem Unternehmenskonto. Die Firma, nennen wir sie Best Service LLC, wurde von Akzent dann auch wie gewünscht in Delaware gegründet. Kurz darauf bekam der Kunde seine Kontodaten mitgeteilt. Das Konto bei der First American Bank lief auf den Namen des gegründeten Unternehmens: Best Service LLC. Alles schien sauber. Also überwiegt der Kunde Geld in die USA.

Was er nicht wusste: Akzent hatte parallel eine zweite Firma gegründet, mit demselben Namen. Diese war nicht in Delaware, sondern in Florida registriert. Das Konto eröffnete Akzent für diese zweite, namensgleiche Firma. Der Kunde

hatte darauf also gar keinen Zugriff. Als er das bemerkte und die Bank kontaktierte, teilte diese ihm mit: »Das amerikanische Recht verbietet uns, Ihnen Auskunft zu erteilen, da sie weder der Eigentümer des Unternehmens sind noch das Konto eröffnet haben.« Das Geld des Kunden war verloren.

Hat Hannes es mit Betrügnern zu tun? Wir erinnern uns daran, was Peter Wong, bei dem wir uns nun nicht mehr so sicher sind, dass er wirklich so heißt, in seinem Angebot schrieb: Die EUROPEAN FINANCE GROUP CORP hätte bereits ein Konto, und man würde uns auch einen Geschäftsführer stellen. Hätte dieser Geschäftsführer dann nicht auch Zugriff auf unser Konto? Durch einen Treuhandvertrag, antwortet uns Wong per E-Mail, sei sichergestellt, dass der Geschäftsführer ohne unsere Anweisungen nichts machen dürfe. »Er hat jedoch Zugriff auf das Bankkonto.«

Das bedeutet, der Geschäftsführer könnte Hannes' Million abheben oder sonst irgendwohin überweisen. Zwar könnte Hannes, so wie es Wong schreibt, einen Treuhandvertrag mit dem Geschäftsführer schließen, der ihm eine Plünderung des Kontos untersagt. De facto aber hätte der Geschäftsführer dennoch Zugriff auf das Konto und damit die Möglichkeit, das Geld zu veruntreuen. Hannes könnte ihn dann verklagen. Aber würde er wirklich vor Gericht ziehen, um gegen einen Treuhänder vorzugehen, der ihm helfen sollte, sein Geld im Ausland zu verstecken? Müsste er dann nicht fürchten, selbst ins Fadenkreuz der Ermittler zu geraten?

Hannes und ich beschließen, uns nicht auf die Berater zu verlassen. Wir wollen den Gefahren, denen man als Steuerflüchtling ausgesetzt ist, nun selbst entgegenretten.

Man muss sich den bald einsetzenden automatischen Datenaustausch wie ein engmaschiges Netz vorstellen, das sich demnächst fast flächendeckend über den Globus spannt und über das Kontodaten als Bits und Bytes hin und her gefunkt werden, ohne dass dazu irgendwer zum Telefonhörer greifen muss. Wer sich irgendwo in diesem Netz verfängt, fliegt auf. »Dies ist das wirksamste Mittel, um Steuerflucht und Steuerhinterziehung umfassend einzudämmen«, sagt der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble.

Daneben gibt es noch die klassische Amtshilfe im Rahmen von Doppelbesteuerungsabkommen. Kein globales, ständig funkendes Netz. Eher eine Nadel, mit der die Steuerbehörde gezielt pieksen kann, wenn sie einen konkreten Verdacht hat. Sie muss nicht nur wissen, wen sie verdächtigt, sondern auch, in welchem Land diese Person ihr Geld versteckt haben könnte. Dann nämlich kann sie dort um Auskunft ersuchen. In der Regel werden die Kontodaten daraufhin übermittelt.

Steuerflüchtlinge, die sich nicht selbst anzeigen, sondern weiter mit ihrem Geld auf der Flucht bleiben wollen, müssen sich also entscheiden: Sie können versuchen, dem Netz zu entkommen, und das Restrisiko durch die Nadel in Kauf nehmen. Oder sie können versuchen, auch bei einem konkreten Verdacht für die Behörden unsichtbar zu bleiben, indem sie ihre Identität komplett verbergen. Das aber geht nur mit der Hilfe von Treuhändern. Die wiederum können sie im Zweifel übers Ohr hauen.

Das Leben als Steuerflüchtling ist ganz schön kompliziert geworden.

Hannes und ich wollen uns auf das Netz konzentrieren, die Gefahr der Nadel aber nicht ganz außer Acht lassen. Außerdem entscheiden wir uns, die fiktive Million in den USA zu verstecken, weil wir sie dort sicherer wännen als in anderen Staaten, die sich auch nicht zum OECD-Abkommen bekennen. Staaten wie Bahrain zum Beispiel.

Also schauen wir uns das Fatca-Abkommen zwischen Deutschland und den USA genauer an. Geschlossen wurde es 2013 »zur Förderung der Steuerehrlichkeit bei internationalen Sachverhalten«. Das deutsche Finanzministerium schreibt: »Durch das Abkommen soll ausgeschlossen werden, dass durch die Einschaltung ausländischer Finanzinstitute oder Finanzdienstleister Steuern hinterzogen werden können.«

Wenn ein US-Amerikaner ein Konto bei einer deutschen Bank hat, scheint das Abkommen dem amerikanischen Fiskus tatsächlich zu helfen. Die Bank muss Name und Adresse des Kontoinhabers sowie den Kontostand übermitteln. Das gilt auch für den Fall, dass ein amerikanisches Unternehmen ein Konto bei einer deutschen Bank führt. Die Bank ist sogar verpflichtet, im Fall einer verschalteten Konstruktion aus Offshore-Gesellschaften aufwendig zu prüfen, ob nicht ein Bürger der USA als Eigentümer dahintersteckt. »Der juristische Schleier wird durchleuchtet«, sagt Hans-Joachim Jaeger, Fatca-Experte bei der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft EY.

Und andersherum? Im Fall eines Unternehmenskontos muss die amerikanische Bank nach der Anfrage deutscher Behörden nicht ermitteln, wer wirklich als wirtschaftlich Berechtigter dahintersteckt. Überhaupt muss sie Informationen über Unternehmenskonten nur dann liefern, so Jaeger, »wenn es sich um ein Depot handelt, das auch amerikanische Wertpapiere enthält. Normale Spar- oder Girokonten von Unternehmen fallen dagegen grundsätzlich nicht unter das Abkommen, werden also auch nicht nach Deutschland gemeldet.« Steuern in den USA würden nur auf dort erzielte Einkünfte fällig. Diese müsste Hannes also allenfalls auf Zinsen bezahlen, die er für seine Million bekommt.

Warum die deutsche Bundesregierung sich auf ein so ungleiches Abkommen einlässt? Das Finanzministerium verweist darauf, dass die USA anerkannt hätten, »im gegenseitigen automatischen Informationsaustausch mit der Bundesrepublik Deutschland ein gleichwertiges Niveau« zu erreichen. Wann und ob es dazu überhaupt kommen wird, steht aber in den Sternen.

Noch bieten die USA damit alle Voraussetzungen, um sowohl dem Netz als auch der Nadel zu entkommen. Für das Netz muss man nur bei einer Bank in den USA ein normales Unternehmenskonto eröffnen. Wer auch vor der Nadel sicher sein will, kann eine Treuhänderkonstruktion wählen. Die US-Banken müssen dann dem Abkommen zufolge ja nicht weiter nachforschen.

Hannes gründet ein Unternehmen. Dazu bucht er auf der Onlineplattform mycorporation.com das Paket »Business in a Box«. Als Erstes muss er entscheiden, in welchem Bundesstaat seine Firma registriert sein soll. Hannes wählt Florida, weil die Gründung von Unternehmen dort besonders unbürokratisch ist. Als Nächstes muss er beantworten, wer »President«, wer »Director« und wer »Treasurer« sein soll. Hannes entscheidet sich, alle Funktionen selber zu bekleiden. Das ist kein Problem. Wie viele Aktien das Unternehmen maximal ausgeben darf? Hannes hat keine Ahnung, tippt aber einfach mal die Zahl 100 ein. Beim Zweck des Unternehmens hält er sich lieber bedeckt und wählt aus einer Liste möglicher Antworten: »Any and all Lawfull Business« – alle legalen Geschäfte.

Der Name der Firma: Hannes Financial Florida Corporation. Eine Adresse in den USA braucht Hannes für die Gründung nicht. Es reicht ein »Registered Agent«, an den die Behörden juristisch relevante Post zustellen können. In unserem Fall ist das eine Kristin Prell aus Fort Myers in Florida. In unserem Gründungspaket von 570 Dollar ist sie enthalten.

Was uns am meisten wundert: Hannes muss sich nicht einmal ausweisen. Weder eine beglaubigte noch eine einfache Kopie des Personalausweises, Reisepasses oder Führerscheins sind notwendig. Wir hätten anstelle von Hannes' Namen auch den irgendeiner anderen realen oder erfundenen Person angeben können.

Nach zwei Wochen kommt Post nach Deutschland: Das Florida Department of State bescheinigt Hannes die erfolgreiche Gründung der Hannes Financial Florida Corporation.

Als der australische Politologe Jason Sharman vor sechs Jahren versuchte, für eine Studie in diversen Ländern anonym eine Firma zu gründen, wurde er in der Schweiz und sogar auf den Bermudas aufgefordert, zahlreiche notariell beglaubigte Dokumente einzureichen. In den USA waren so gut wie keine Nachweise nötig. Sein Fazit: »Nirgendwo auf der Welt ist es einfacher, anonym ein Unternehmen zu registrieren.« Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt auch eine Weltbank-Studie aus dem Jahr 2011. Von 27 Dienstleistern, die dabei helfen, in den USA eine Firma zu gründen, gaben nur drei an, einen Nachweis der Identität zu verlangen. Kein Land schnitt schlechter ab.

Die Hannes Financial Florida Corporation braucht nun noch ein Konto. Also ruft Hannes bei mehreren Banken in Amerika an und fragt, was für die Eröffnung eines Firmenkontos notwendig sei. Eine einheitliche Linie scheint es nicht zu geben. Jede Bank handhabt das anders. Zum Teil unterscheiden sich die Auskünfte sogar von Filiale zu Filiale. Nur in einem Punkt sind sich alle Banken einig: Ohne Besuch vor Ort geht es nicht.

Hannes und ich packen Shorts und Sonnenbrille ein. Wir fliegen nach Miami. Die Stadt wirkt in etwa so, wie man sie aus der Fernsehserie *Miami Vice* kennt. Auf dem Ocean Drive geht es kaum voran, weil die Ford Mustang Cabriolets, Hummer und Porsches zum Schaufahren auf die Strandpromenade drängen. In den Clubs werden teure Drinks von Frauen in Hotpants ausgeschenkt. Männer wedeln auf der Tanzfläche mit Dollarscheinen wie in einem Snoop-Dogg-Video.

In Miami Beach wird das Geld ausgegeben. Verdient wird es vor allem im Finanzdistrikt Brickell. Hier ragen gläserne Banktürme in die Luft, deren Fassaden sich ineinander spiegeln. Dazwischen schwenken gelbe Kräne ihre Ausleger. Überall wird gebaut. Es ist ein Boom, der auch mit dem vielen Geld zu tun hat, das aus dem Ausland nach Miami fließt.

Brian Kindle von der Association of Certified Financial Crime Specialists hat sein Büro auch in einem der Hochhäuser der Brickell Avenue. Schon äußerlich aber unterscheidet er sich von den Bankern. Er trägt ein kariertes Holzfallerhemd und einen Vollbart, das Gesicht ist schmal, die Augen sind blau, die Stimme klingt tief. »Wenn wir Fällen von Finanzkriminalität nachgehen«, sagt er und zeigt dabei aus dem Fenster, »führen die Spuren oft in unsere direkte Nachbarschaft.«

Alles begann, erzählt Kindle, als in den 1970er Jahren Lateinamerikaner »mit Plastiktüten voller Geld« in den Banken auftauchten. Miami war für Drogenkönige wie Pablo Escobar aus Kolumbien das Tor nach Nordamerika. Da lag es nahe, dass sie hier auch ihr Geld deponierten. Die Banken nahmen es gern. Nach Schätzungen der Florida Bankers Association liegen heute 100 Milliarden Dollar ausländisches Vermögen auf Konten in Florida. Das meiste davon stammt noch immer aus Lateinamerika.

Kommt nun das Geld reicher Deutscher und anderer Europäer dazu, das aus der Schweiz und anderen Steueroasen abgezogen wird? »Es ist ganz sicher Vermögen aus der Schweiz nach Miami gewandert«, sagt Hans-Lothar Merten, der Autor von *Steueroasen Ausgabe 2015*. »Die Frage nach den USA als Schlupfloch wird von Kunden immer wieder gestellt«, sagt Hans-Joachim Jaeger von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft EY. Auch Achim Pross, der deutsche Architekt des OECD-Abkommens, will nicht ausschließen, dass es zu einer »Verschiebung von Geldern in Richtung der USA« gekommen ist und weiter kommen könnte.

Auch Brian Kindle von den Spezialisten für Finanzverbrechen ist wenig überrascht, dass wir am Ende unserer Recherche in Miami gelandet sind. Dass wir mit einem Unternehmenskonto in seinem Land Probleme bekommen könnten, glaubt er nicht. Die amerikanische Bundessteuerbehörde IRS jage vor allem amerikanische Steuer-sünder. Zudem sei sie »chronisch unterfinanziert«, müsse sich auf die großen Fälle konzentrieren. Bei den Banken gelte: Je kleiner sie seien und je weniger im Rampenlicht, desto weniger Fragen würden sie vermutlich stellen.

Das scheint uns ein guter Rat. Wir lassen den Finanzdistrikt hinter uns. Direkt am Highway, auf einem Parkplatz neben Burger- und Pizzaläden, liegt die Filiale der First Bank Florida. Kein gläserner Turm, sondern ein grauer Betonklotz, vor dem ein paar Palmen wachsen. Die Bank mit dem grünen, rechteckigen Logo gehört zur First-BanCorp-Gruppe aus Puerto Rico. In der Filiale arbeiten nur vier Mitarbeiter. Einer von ihnen, Leo Ramirez, bittet Hannes in ein Nebenzimmer. Es gibt starken Kaffee aus Styroporbechern, dazu Milchpulver aus einer Nestlé-Packung.

Ramirez hat nur wenige Fragen zum Unternehmen. Hannes erklärt, seine Firma würde Kunden beim Kauf und Verkauf von Immobilien beraten. Warum sie dazu ein amerikanisches Konto brauche? »So genau weiß ich das auch nicht«, sagt Hannes. »Das hat mir mein Steuerberater empfohlen, also mache ich das.« Er grinst. Ramirez lacht. Das Thema ist vom Tisch.

Kurz darauf hat die Hannes Financial Florida Corporation ein Konto bei der First Bank Florida mit der Nummer 84000961. Anders als bei der Firmengründung musste Hannes sich dafür als »President« der Firma ausweisen. Die Bank kennt seine Identität. An die deutschen Behörden übermitteln muss sie diese im Rahmen des automatischen Datenaustausches nicht. Das Konto wird vom neuen Netz nicht erfasst.

Und was ist mit der Nadel? Wir können nicht ausprobieren, was geschehen würde, wenn Hannes eine echte Million aus der Schweiz auf sein Unternehmenskonto überweise. Die Million ist ja nur fiktiv. Was wir wissen: Viele Schweizer Banken, die ihre Altlasten loswerden wollen, haben ihre deutschen Kunden angeschrieben – mit der Aufforderung, ihnen ein Konto zu nennen, auf welches sie das Geld überweisen können. »Dann werden sie das auch tun«, sagt Rüdiger Hitz,

Anwalt für Strafrecht bei der Hannoveraner Kanzlei Brandt. Dass die deutschen Steuerbehörden davon etwas mitbekommen könnten, glaubt er nicht. Bei der Überweisung dürfte es keine Probleme geben: »Wenn Sie aus der Schweiz

weg sind, bevor das OECD-Abkommen in Kraft tritt, merkt das wohl niemand.«

In Amerika selbst wird natürlich auch viel kontrolliert wegen der Suche nach Geldwäschern und Terroristen. Wir fragen Hannes' ersten Berater Sauerborn deshalb, ob die Banken wegen Geldwäscherverdachts Alarm schlagen würden. »Wir hatten Mandanten, die haben 500 000, 600 000 oder 700 000 Euro dahin überwiesen, und das war kein Problem«, sagt dieser. Die Million könne man zur Sicherheit aber auch auf mehrere Unternehmenskonten verteilen. Falls wirklich Nachfragen kämen, dann vielleicht zur Herkunft der Gelder. »Aber versteuert oder nicht, das ist den Amerikanern egal.«

Alex Sanchez bestärkt diese Einschätzung. Er ist CEO der Florida Bankers Association, die rund 300 Banken im Bundesstaat vertritt und dafür kämpft, dass die USA noch weniger Informationen als bisher über Konten ins Ausland geben. »Notfalls gehen wir bis zum Supreme Court«, sagt er. »Stellen Sie sich vor, Sie kommen aus Kolumbien, und Ihr Geld liegt auf einem US-Konto. Dann meldet die Bank Ihren Kontostand an die kolumbianischen Behörden. Was glauben Sie, was dann passiert?«, argumentiert der Banker. Sanchez greift zum Telefon und initiiert einen kolumbianischen Beamten, der die Informationen seinerseits an die Mafia weitergibt. »Am nächsten Tag«, sagt er, »sind Ihre Kinder entführt.«

Sanchez weiß, dass dieses Beispiel als Argument gegen den Austausch mit europäischen Ländern kaum zieht. Warum die USA trotzdem viel weniger Kontodaten liefern, als sie selbst beanspruchen? So genau wisse er das auch nicht, sagt Sanchez. Klar aber sei, dass jeder ausländische Dollar auf einer amerikanischen Bank die Wirtschaft um ein Vielfaches stimuliere. »Kredite werden vergeben, Unternehmen gegründet, Arbeitsplätze entstehen.«

Die Lage lässt sich so zusammenfassen: Die USA profitieren von den ungleichen Rechten und Pflichten zum Datenaustausch. Und sie haben die Macht, diese Regeln anderen Ländern zu diktieren, weil ihre Währung für die Weltfinanzmärkte so wichtig ist. Zwar zeigt die Obama-Regierung sogar eine grundsätzliche Bereitschaft, mehr Daten zu liefern. Doch im Kongress gibt es dafür keine Mehrheit, was wiederum auch an Banken-Lobbyisten wie Sanchez liegt.

Mittlerweile hat Hannes seine Kreditkarte erhalten. Eine Visa-Karte der First Bank Florida, bedruckt mit Bildern von Dollarscheinen. Mit ihr könnte er an deutschen Geldautomaten auf seine aus der Schweiz nach Amerika überwiesene fiktive Million zugreifen, ohne dass die Steuerbehörden davon etwas erführen. Die Bank in Miami könnte das Geld, bis er es abhebt, als Kredit vergeben und auf diese Weise dafür sorgen, dass im Finanzdistrikt noch mehr gläserne Türme in den Himmel wachsen. Der deutsche Staat würde leer ausgehen.



HINTER DER GESCHICHTE

Das Team: ZEIT-Redakteur Felix Rohrbeck und Hannes kennen sich seit der Schulzeit. Die Idee zu dieser Recherche kam den beiden abends beim Bier.

Der Strohmännchen: Ohne Hannes, der als Unternehmer eine glaubhafte Geschichte erzählen konnte, wäre die Recherche nicht möglich gewesen. Mit vollständigem Namen oder Foto möchte Hannes aber nicht in der Zeitung auftauchen.

Dauer der Recherche: Über ein halbes Jahr. In dieser Zeit unterhielten sich die beiden manchmal wie echte Steuerflüchtlinge: »Meinst du, die Million ist da sicher?«